

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 15,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktionen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Große Straße 8 u. 9.

Die abgegebene Kompartimentsnummer über deren Mann kostet 1,- M. einschließlich Kreuzungsausschlag. Kleine Anzeigen: Des festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsausschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2465, 4519 4503, 4635, 4610, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das werttätige Volk Groß-Berlins!

Arbeiter, Parteigenossen!

Das neue Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterklasse, das unter dem Vorwand der Durchführung der Entwaffnung im Reichstag eingebracht ist, steht vor der Verabschiedung. Das Gesetz bedeutet in seiner jetzigen Form ein ungeheuerliches

Attentat gegen die Arbeiterklasse,

die völlig wehrlos der Diktatur des Militarismus ausgeliefert werden soll. Der Hinweis der bürgerlichen Parteien auf die Notwendigkeit der Durchführung der in Spaa eingegangenen Verpflichtungen ist nichts weiter als Lug und Trug. Die Abmachungen von Spaa liegen sich auch auf Grund der bestehenden Gesetze durchführen, wenn die Regierung nur den Willen hätte, den Junkern, den Offizieren, den bürgerlichen Weibgardisten die von ihnen versteckt gehaltenen Waffen zu nehmen. Daran denkt die Regierung aber auch heute nicht, sie sucht lediglich im Inlande wie im Auslande die Wege zu verbreiten, daß die Arbeiterklasse im Besitze ungeheurer Waffenvorräte sei, um auf diese Weise die Abmachungen von Spaa als Vorwand für einen neuen Feldzug gegen die Arbeiterklasse nehmen zu können.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Annahme der Regierungsvorlage der Auftakt zu einer neuen

Wera schlimmster Verfolgungen

sein würde, die die Zeiten des Sozialistengesetzes und des Noske'schen Ausnahmezustandes weit in den Schatten stellen würde. Gegen dieses Attentat muß die gesamte Arbeiterklasse

in schärfster Weise Front machen.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat bei den Beratungen im Reichstag den

Bezirksverband der U. S. P. D. Berlin-Brandenburg

Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend. Zentrale der Betriebsräte

Das Entwaffnungsgesetz im Reichstage

In der heutigen Sitzung des Ältestenausschusses wurde von verschiedenen Parteien die Anfrage an die Unabhängigen gerichtet, ob sie den am Schluß der gestrigen Sitzung erhobenen Einspruch gegen die Vornahme der dritten Lesung des Entwaffnungsgesetzes in der heutigen Sitzung nicht mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses zurückziehen wollten. Genosse Lebebour erklärte darauf, daß die Fraktion gestern beschlossen habe, von der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmung, die erst die Beratung der dritten Lesung am Donnerstag ermögliche, Gebrauch zu machen. Die Erklärung war den Bürgerlichen recht unangenehm und sie beschloßen, nach dem Ende der zweiten Lesung in der heutigen Sitzung eine zweifelhafte Pause eintreten zu lassen, um den Fraktionen Gelegenheit zu Beratungen zu geben.

Als der Präsident Löbbe in der Sitzung des Reichstages den Beschluß des Ältestenausschusses bekanntgab und hinzufügte, daß die Abgeordneten gut tüten sich darauf einzurichten, daß auch morgen und übermorgen noch Tagungen des Plenums stattfinden, gab es auf den Bänken der Bürgerlichen, wo man schon jetzt mit gepackten Kofferstücken sah, erstaunte Gesichter und enttäuschte Hallorufe.

In der Kommission zur Beratung des Entwaffnungsgesetzes sind alle Versuche der Unabhängigen, Verbesserungen in dem Gesetz anzubringen, vergeblich gewesen. Die Regierungsparteien, denen die Kommissionsberatungen überhaupt schon zuviel waren, die am liebsten die unanveränderte Annahme des Gesetzes im Plenum gesehen hätten, waren für Änderungen nicht zu haben. Jetzt nachträglich hat die Richtigkeit der Bedenken der Unabhängigen von ihnen doch in einigen Punkten anerkannt werden müssen.

Zur zweiten Lesung des Gesetzes, die heute im Reichstag begonnen hat, sind von den Regierungsparteien wenigstens einige Abänderungsvorschläge eingebracht worden, die einen schwächern Versuch machen, den Bedenken der Unabhängigen zu entsprechen. Der § 2 des Gesetzes überließ es dem Reichskommissar, welche Ausnahmen er von der Ablieferungspflicht der Waffen machen wolle. Der Antrag der Regierungsparteien geht statt

Kampf gegen dieses Gesetz aufgenommen. Ihren Bemühungen ist es zuzuschreiben, daß das Gesetz nicht, wie die Regierungsparteien es wollten, schon durchgepeitscht worden ist. Die endgültige Entscheidung steht vielmehr erst bevor.

Inzwischen muß die Arbeiterklasse zeigen, daß sie nicht gewillt ist, sich ein derartiges Gesetz aufzwingen zu lassen und sich unter das Joch der militaristischen Diktatur zu beugen. Die Aktion unserer Vertreter im Parlament kann nur Erfolg haben, wenn sie von der

Aktion der Massen

unterstützt wird. Nur das tatkräftige, entschlossene Vorgehen der gesamten Arbeiterklasse kann es verhindern, daß das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse zur Wirklichkeit wird.

Es ist keine Zeit zu verlieren! Die nächsten Stunden und Tage werden von weittragender, ja vielleicht entscheidender Bedeutung für den weiteren Gang der deutschen Arbeiterbewegung sein. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß deshalb vom

Ernst dieser Stunde

durchdrungen sein. Keiner darf bei dem jetzt ausgenommenen Kampfe zurückbleiben. Wir rufen euch auf, alle eure Kräfte zusammenzuschließen, die Gleichgültigen aufzurütteln, die Zögernden und Schwankenden vorwärtszutreiben und

in geschlossener Front

bei der morgen um 5 Uhr nachmittags im Lustgarten stattfindenden

Protestkundgebung

des Berliner Proletariats zu erscheinen. Heraus zur Demonstration! Aus zum Protest!

dessen fest, daß nur militärische und polizeiliche Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen werden dürfen. Er bestimmt ferner, daß die Bestimmungen im Gesetz über die Aushebung des Briefs, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses zu streichen sind.

Ein weiterer Antrag geht einen parlamentarischen Beirat ein, dessen Einverständnis der Reichskommissar zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen hat. Soweit solches in dringenden Fällen unzulässig ist, hat er selbständig erlassene grundlegende Ausführungsbestimmungen dem Beirat alsbald vorzulegen.

Obwohl diese Änderungen durchaus unzulänglich sind und den Kampf der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen dieses Gesetz nicht abschwächen wird, zeigen sie doch die Geneigtheit der bürgerlichen Parteien, einige kleine Verbesserungen anzubringen, um damit das ganze Gesetz unter Dach und Fach zu bringen.

Im Reichstag begann heute die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes. Genosse Rosenfeld erläuterte zunächst als Berichterstatter die Beschlüsse des Ausschusses. Nach ihm kam der Reichssozialist, Vizepräsident Lühbring aus Königsberg zu Wort, der noch einmal feststellte, daß die ostpreussischen Großgrundbesitzer bis an die Zähne bewaffnet seien, und daß die Arbeiterklasse in Ostpreußen absolut keine Waffen besitze. Die Nachrichten über die Aufstellung einer roten Armee in Ostpreußen entsprangen nur der Absicht, die Aufmerksamkeit von dem konterradikalitären Verhalten der Agrarier abzulenken. Sie seien diejenigen, die eine dauernde Bedrohung der Republik darstellen und vor denen man unbedingt einen Schutz haben müsse. Die rechtssozialistische Partei könne aber diesem Gesetzentwurf nur zustimmen, wenn dafür ausreichende Sicherheit gegeben werde, daß das Gesetz auch gegen die Reaktionsäre Anwendung findet. Die Absicht der Reaktion sei ja, ihm alle gegen sie gerichteten Spitzen abzubringen. Lühbring erwähnte ferner die Tatsache, daß in Ostpreußen dauernd große Streiks in den Städten und auf dem Lande stattgefunden hätten um die Forderung der Entwaffnung der Agrarier. Auch gestern sei eine Deputation hier gewesen, die erklärt habe, daß die Arbeiterklasse sich die jetzigen Zustände nicht länger gefallen lasse.

Lühbring spricht bei Schluß der Redaktion weiter. Es sind bereits sieben Redner gemeldet, so daß eine stundenlange Debatte zu erwarten ist.

Die Schuldfrage in Genf

In seiner kürzlich erschienenen Schrift „Die Internationale“ fällt Genosse Karl Kautsky folgendes Urteil über die Kriegspolitik der Rechtssozialisten: „Für die Haltung der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie im Weltkrieg, die in der Internationale bereits bisher allgemeine Ablehnung erfahren hat, ist keine Rechtfertigung zu finden, die auf Zustimmung zu rechnen hätte.“

Die Rechtssozialisten haben indes immer noch auf die Möglichkeit einer solchen Rechtfertigung gehofft. Trotz der allgemeinen Verurteilung, die ihre Kriegspolitik bei den sozialistischen Parteien aller Länder gefunden hat, haben sie in ihrer Denkschrift an den jetzt in Genf stattfindenden Kongreß der zweiten Internationale den Versuch gemacht, bei Anerkennung eines Teiles ihrer Sünden die allgemeine Richtung ihrer Politik zu rechtfertigen. So heißt es in der Denkschrift, die rechtssozialistische Partei sei auch heute noch der Überzeugung, „daß ihr die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben waren“, und sie könnte sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, „daß sie nach Kräften bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern“.

Dieser Versuch der Rechtfertigung der rechtssozialistischen Kriegspolitik, der die totale Unfähigkeit ihrer Verteidiger zeigt, die Probleme der Kriegspolitik unter einem sozialistischen Gesichtspunkte zu erfassen, hat selbst auf dem Genfer Kongreß der zweiten Internationale, in dem lediglich die rechtsstehenden sozialistischen Fraktionen aller Länder vertreten sind, eine scharfe Ablehnung gefunden. Die zur Beratung der Verantwortlichkeitsfrage eingesetzte Kommission nahm einstimmig folgende Resolution zur Kriegsschuldfrage an:

„In Erwägung, daß die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Denkschrift über die Frage der Verantwortlichkeit anerkannt haben, daß sie den Fehler begangen haben, nicht frühzeitig und nicht energisch genug das System des Militarismus und Imperialismus bekämpft zu haben, vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Volksoberleitung entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Unglück der ganzen Welt, und besonders auch des deutschen Volkes selbst, um fünf Jahre zu spät gekommen ist, und daß darin, nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, die Schuld liegt, deren die deutsche Sozialdemokratie sich anklagen muß,

In weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehende Erklärung abgegeben hat:

„1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erklärt haben, den Weltfrieden auf das Schärfste erschüttert, indem es sich 1871 mit Gewalt annektriert hat. Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine elbisch-löhringische Frage mehr.

2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neuerliches Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verletzete.

3. Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffs, den das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.“

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schlichterei, die Europa und die Welt in Blut gebadet hat, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale zu kämpfen.

Bei der Beratung dieser Resolution nahm als alleiniger Vertreter der deutschen Rechtssozialisten Dr. Adolf Braun teil, der der Resolution unter dem Vorbehalt zustimmte, daß sie von den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation, die noch nicht in Genf eingetroffen waren, angenommen würde. Die inzwischen eingetroffene Mehrheit der deutschen Delegation, darunter Scheidemann und Wels, erhob jedoch Einspruch gegen den Kommissionsentwurf, der infolgedessen wieder an die Kommission zurückgewiesen wurde. Von Berlin aus protestierte ferner der rechtssozialistische Fraktionsvorsitzende gegen den Kommissionsentwurf. In seinem Telegramm an die deutsche Delegation in Genf erklärte er die Zustimmung zum Genfer Anschlußantrag für unmöglich. Auch der „Vorwärts“ bemerkte schon gestern bei der Wiedergabe der Resolutionsent-

wurfes, er möchte glauben, daß die deutsche Gesamtdelegation der Resolution in dieser Fassung ihre Zustimmung nicht geben würde. Von sich aus erhob er ferner Einspruch dagegen, daß die Resolution einzelne Sätze aus der Denkschrift herausgriff, dagegen andere ebenso wichtige Sätze unter den Tisch fallen ließ. Ebenso empört ist der „Vorwärts“, daß die Genfer Resolution mit dürren Worten erklärt, die Schuld der deutschen Sozialdemokratie liege darin, nicht schon früher der Revolution den Weg geebnet zu haben. Der „Vorwärts“ hat schon Recht, wenn er besonders gegen diesen Satz protestiert. Enthält er doch die schärfste Beurteilung nicht nur der Kriegspolitik der deutschen Rechtssozialisten, sondern auch jener von ihnen betriebenen Politik, die auf die Lähmung des revolutionären Geistes der deutschen Arbeiterklasse während des Krieges hinauslief und die ihre folgerichtige Fortsetzung in der Preisgabe der proletarischen Interessen nach Ausbruch der Revolution fand.

Wie aus den inzwischen eingegangenen Genfer Meldungen hervorgeht, ist der Kommissionsentwurf insofern gemildert worden, als die Haltung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Danach hat der Kongreß keine Beurteilung der Kriegspolitik der deutschen Rechtssozialisten auch nach dem Einspruch der Herren Scheidemann, Wels und Noskorten nicht zurückgenommen, und die deutsche Delegation hat, um sich nicht außerhalb einer jeden Internationalen zu stellen, der Resolution zugestimmt, die das Todesurteil gegen ihre gesamte im Kriege begonnene und in der Revolution fortgesetzte Politik bedeutet.

Daß diese Zustimmung zur Genfer Resolution keine Wesensänderung der rechtssozialistischen Partei bedeutet, ergibt sich selbst aus dem Inhalt der deutschen Denkschrift, die ausdrücklich die Grundlinien der rechtssozialistischen Politik billigt. Noch deutlicher zeigt sich diese Weltansicht, wenn man sich an die Debatten über die Schuldfrage auf dem Weimarer Parteitag der Rechtssozialisten im vorigen Jahre erinnert, wo Eduard Bernstein wegen seines „Wahrheitssimmels“ den heftigsten Angriffen und Beschimpfungen ausgesetzt war. Die ihn damals beschimpften und verunglimpften, sitzen jetzt mit ihm gemeinsam in der deutschen Delegation in Genf und stimmen jahnebnitend für eine Resolution, die sich in den Gedankengängen Bernsteins — des Bernsteins aus der Kriegszeit — bewegt. Daß eine solche Zustimmung nicht nur eine Bankrott-Erklärung, sondern auch ein Scheinmanöver ist, kann für niemand, der die Rechtssozialisten kennt, zweifelhaft sein. Daraus ergibt sich der Wert der ganzen „Einigung“, die sich in Genf vollzog, und die innere Schwäche einer internationalen Organisation, die sich auf so schwankender, trügerischer Grundlage erhebt.

Vom Genfer Kongreß

Genf, 2. August.

Internationaler Sozialistenkongreß. In der um 2 1/2 Uhr beginnenden Rahmliantagung wurde die Diskussion über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Von der russischen Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnen 12 dem Kongreß nur in der Eigenschaft als Gäste bei. Rubanowitsch erklärte namens der sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einzig nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die sozialrevolutionäre Richtung könnte in Rußland legal nicht arbeiten infolge der Verfolgungen durch die Bolschewisten und darum hätte ihre Partei eine entgeltliche Stellungnahme zur zweiten Internationalen nicht bestimmen. Die Russen sind der Auffassung, daß sie bei den deutschen und den englischen Unabhängigen wieder Führung erhalten müßten. Die Partei spricht sich gegen jede Unterwerfung einer militärischen Intervention des Auslandes in Rußland aus.

Nach Erledigung der Mandatsfrage gab der Präsident folgende Stimmzuteilung an die im Kongreß vertretenen Parteien bekannt: England 30, Australien 12, Neu-Seeland 5, Frankreich 3, Niederlande 4, Holland 10, Litauen 4, Georgien 4, Schweden 15, Dänemark 10, Schweiz 7, Rütlikaner 3, Rußland 5 (die Russen verzichteten aber ausdrücklich auf ihr Stimmentrecht), Belgien 15, Italien (sozialistische Union) 4, Deutschland 20, Polen 10, Ungarn 10. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, um der Kommission für die Schuldfrage Gelegenheit zu geben zu einer vollen Einigung zu gelangen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Kommissionsberichterstattung La Fontaine mit, daß in der Kommission einstimmig die Resolution über die Schuldfrage von den Deutschen ausgearbeiteten Resolution über die Schuldfrage.

Rausch, Suff und Regenjammer

Von Ignaz Wrobel.

Eine Woge von Betrunktheit raste vor sechs Jahren über dieses Land, durch die Bureaubuden, die Kasernehöfe, die Kinnsteine, durch öffentliche Häuser, Börsenhäuser, Schulklassen und Redaktionszimmer. Niemand mag heute daran zurückdenken. Wenn man am 1. August dieses Jahres die bürgerliche Presse las, so fühlte man sich genötigt (mit einer einzigen Ausnahme: der „Berliner Volkszeitung“), den Herren Redakteuren je ein Eisenkreuzchen aus Blech zum Andenken an die große Zeit zu schenken. Sie haben sie alle vergessen. Man muß aber an sie zurückdenken.

Zehn Tage vor Eröffnung der großen Zeit, so um den 20. Juni herum, ahnte noch kein Mensch, daß Deutschland vom lieben Gott ausersehen sei, den Völkern der Erde ein leuchtendes Beispiel zu werden für und für. Amen. Die Bürger lagen im Sesand am Meer oder krabbelten auf den Bergen umher, der Arbeiter kaufte oder bogte seine Leubentofonie, die Börse machte in gewohnter Ruhe ihre Geschäfte — alles war still. Und nur eine ganz kleine Schar von Menschen in Europa wachte, daß diese ganze Kontinent eine Minute vor dem Untergang stand, und daß zwei Zeiten anbrechen würden: eine keine für die Proletarier und eine große für die Verdolner.

Der seit langem gekörnte Militärbewußtsein des Reichslichen Flottenvereins und der zahllosen militärischen Gruppen und Gruppchen, die sich bis in die Schulen hinein erstreckten, trug seine Früchte: der Mob stand auf, der Sturm brach los, der Wilhelm winkte und alle, alle kamen. Kamen, um zu verdienen, um befördert zu werden, um eine Rolle zu spielen... und kamen aber auch, im Suff ihres Patriotismus, während der allerersten Wochen — das muß gesagt werden — um zu sterben.

Was der General Ull, „der Kindermörder von Oporn“, bei Langemarck in den Tod jagte, waren gutgläubige, frische deutsche Jungen, die, fanatisiert, nicht wußten, für welche eine schlechte Sache sie ruhten und sangen in den Tod gingen. Der Sohn Heinrich Brauns, Otto Braun, ist so ein Beispiel davon. Der Rest war fürchterlich.

Ich kannte aus dem Frieden den Sohn eines Generals von Werder, der so dumm war, daß ihm auf Betreiben des Vaters das Einjährig ohne Prüfung gelehrt wurde. Ich sehe den Jungen noch wie heute in einem Auto den Kurfürstendamme herunterschren: in voller Kriegsbemalung, auf ein großes Schlachtschwert gestützt, strahlend, eitel und in der ganzen Glorioso seiner königlich preussischen Dämlichkeit. Er war ein Sinnbild seiner Epoche.

Denn was so unbeschreiblich an diesen ersten Wochen war, erkannten damals nur wenige und weil heute die Zeit des Rausches fast vergessen ist, wißens auch heute nicht Allzuvielen: das Schlimme in Deutschland war das völlige Fehlen jeder Ethik. Für alles,

Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfahl er, sich jeder Diskussion zu enthalten, und unter Beifall wurde hierauf die vorgelegene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen.

Der Wortlaut dieser Resolution weicht insofern von dem bereits veröffentlichten Text der Kommission ab, als die Haltung der deutschen Sozialdemokraten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird, außerdem wird im neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine elah-lasirngliche Frage mehr gibt.

Zur Behandlung kam hierauf die von der Kommission ausgearbeitete, bereits mitgeteilte Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerverbund. Der Berichterstatter La Fontaine stellte fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus noch nicht abgeschafft ist und Anlaß zu neuen Konflikten gibt. Der Vertrag von Versailles habe in seinem ersten Teile nicht nur im sozialistischen, sondern auch in den Kreisen der Juristen und bürgerlichen Pazifisten wenig Befriedigung erzeugt. Die Sozialdemokratie stehe nunmehr vor den zwei Möglichkeiten, entweder darauf hinzuwirken, daß ein neuer Völkerverbund geschlossen werde, oder aber, sie müsse versuchen, den bestehenden Völkerverbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirklichen demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen.

Warschau im Verteidigungszustand

III. London 3. August.

Die „Morningpost“ meldet aus Warschau: Der Widerstand der Polen nimmt zu. Die Stadt ist mit Stachelbräutchen, hauen und Barrikaden umgeben. Die Bevölkerung wird von den Zeitungen auf den Einmarsch der Bolschewiki vorbereitet. Die polnische Waffenstillstandsdelegation pasierte die polnische Front, worauf die Brüden hinter der Linie zerstört wurden. Wie weiter gemeldet wird, ist die Delegation in Baranowitsch eingetroffen und von den Delegierten der Sowjetregierung freudig begrüßt worden. Bismudzi hat die Leitung der Verteidigung Lemburges übernommen.

In Warschauer parlamentarischen Kreisen verläutet, daß, wenn bis zum 4. August nachmittags die Waffenstillstandsbedingungen nicht unterzeichnet sind, die polnischen Delegierten zurückkehren. Der Kampf wird dann mit allen Mitteln fortgesetzt.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit: Die polnische Regierung hat sich an die Sowjetregierung gewandt und um die Zulassung von Zeitungsreporterinnen bei den Friedensverhandlungen ersucht. Die Sowjetregierung hat dieses Ersuchen ablehnend beantwortet.

Der russische Heresbericht

Stockholm, 2. August.

In der Richtung Somzja überschritten wir die Flüsse Sobor und Raxem.

Westlich von Dajnykol wird unser Vormarsch mit Erfolg fortgesetzt. Südlich davon nahmen wir Belsi ein.

Im Abschnitt des Waldes von Belowitz nahmen wir die Station Belowitz ein, wobei wir 4 Geschüge eroberten.

Im Nordosten brachen unsere Truppen den starken feindlichen Widerstand, besetzten eine Reihe von Ortschaften und eroberten eine Batterie mit voller Bespannung.

In Richtung Kowel erreichten unsere Truppen den Stachob-Fluß und gehen längs der Eisenbahn vor. Wir besetzten Kowel.

Am Fluß Styr, im Abschnitt Dult, versuchte der Feind die Flußübergänge zu besetzen, jedoch ohne Erfolg.

Vor Larnopol dauert der Kampf an und entwickelt sich zu unseren Gunsten.

Im Krimabschnitt dauert der hartnäckige Kampf an der ganzen Frontlinie an.

Polnischer Frontbericht

Warschau, 3. August.

Generalsabschnitt vom 2. August. In der deutschen Grenze, nördlich von Ostrolenta ist die Lage unverändert. Im Bereich von Kowograd und Lomzha haben die Angriffe des Feindes nachgelassen. Unsere regulären und freiwilligen Truppen greifen hier die feindliche Infanterie und Kavallerie an. Zwischen Krowo und Bug verläßt unsere Frontlinie südlich von Koszali — Wazowie — Wyszynki — Koscielne — Cichanowice. Am Bug finden im Abschnitt Wiliusi Kämpfe statt. Bei Brest-Litowsk hat der Feind bedeutende Kräfte alles drei Waffengattungen gesammelt, er greift die Festung und die Stadt heftig an. Die Kämpfe um Brody, die beiderseits große Kräfte in Anspruch nehmen, entwickeln sich auch weiterhin für uns günstig. Am Serch östliche Kämpfe, die heftigen Charakter annehmen. Es wurde hier die Ankunft neuer feindlicher Abteilungen festgestellt.

aber auch für alles, auch noch für die letzten Schmeineren war der Tod des Kaisers und das Wort „dienstlich“ eine Deckung. Rißbrauch von Gefangenen zu Kriegsarbeiten in der Feuerzone, Unterschlagung, Verführung von Mädchen, Mord an Zivilisten, die man zu diesem Behufe frantireurs gekauft hatte, eitelhafteste Schlägerei der Bundeswunden — dies alles und noch viel mehr vollzog sich unter dem fast einmütigen Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“, und unter den brausenden Akkorden des Viebes versanken Europa, Menschlichkeit, Charakter und Christentum.

Der große und zum Glück erfolglose Stütgottesdienst, den Wilhelm, Inceand inmitten seiner Truppen, auf dem Schloßplatz geleitet war für ihn durchaus keine Komödie. Er glaubte daran, wie er an die Videlshöhe und damit an sich selbst glaubte. Es gab eine Kommisströmigkeit, von der vor allem die Pfaffen besessen wurden, und obgleich nach unserem guten alten Dogma Religion Privatsache ist, muß doch gesagt werden, daß es kaum etwas Widerwärtigeres gab, als die maßlose Dummheit (zur Bezogenheit langte es kaum), mit der die Priester aller drei Konfessionen ihre Bibeln so lange drehten und wendeten, bis unten der Spruch herausfiel: „Du sollst töten“.

Man sog sich gegenseitig einen Landsknechtstrog vor, indes flüzten die gerissenen Kapitalisten bei den leiblichen, aber dummen Militärs in Lederlejerungen und Werten mogeten und gannerten. Man tat so, als sei der ganze Krieg von Josef von Dauff oder von Gunghofer: frum und mit der Korraun gerückt zog ein Jähnelein Landsknecht mutig und mit frischen deutschen Lieblein ins Feld, nicht wahr? Und die operetrischen Arrangeure eines blutigen Karnevals wollten nicht leben, daß geschneitete und ohnmächtige Proletarier und Kleinsbürger älttern, fliegend oder stumpf in der Massenjuangestion befangen vor die Raschimgewehre torlesten. Der Kaiser spielte: historisches Ausstattungsspiel. Die Wirklichkeit spielte: Lohhuchsankall Europas bis zum Weikbluten.

Aber was wachte Berlin, was wachte Deutschland damals davon? Vorläufig zogen die Abonnenten des „Berliner Volkslangens“ (und leider auch andere) von Café zu Café, verlangten mit Stenortstimme mutig, tapfer und deutsch die Entfernung des welschen Agents, der Heldewebel auf dem Bezirkskommando jagte nicht mehr Adieu, sondern auf Wiedersehen, und es verging sich nach kurzer Zeit, daß man alle Gemeinheiten auch ganz gut ohne Fremdworte in seiner Muttersprache ausüben konnte. Es war wirklich eine große Zeit.

Eine Pressenote bis zur Warneschlacht war gar nicht nötig. So tobmächtig und militärstark behanmen sich inäterhin die rearmierten Redakteure nicht, wie das Schreiberoolz zu Kriegsbeginn. Wenn Ihr nur zurückblättern wolle! Hat sich denn die Presse selbstem gewandelt? Wie läunt Ihr einer Gilde Vertrauen schenken, die sich einen Boamist prophezeit, zusammengeheßt und aufgeschrieen hat? Kaum an irgend einer Stelle haben die Redakteure und Zeitungleser gewechselt (ge-

Zur russisch-polnischen Lage

III. Haag, 3. August.

Der russische drahtlose Dienst verbreitet einen längeren Bericht aus dem hervorgeht, daß der Franzose Ernest Lafont über Warschau nach Moskau kam. Er geht angeblich der unifizierten Sozialistenpartei an und tritt als deren Abgeordneter auf. Bekanntlich ist die Partei grundsätzliche Gegnerin der Sowjetrepublik. Lafont gab eine ausführliche Schilderung über seine Erlebnisse in Warschau und erklärte, daß die französische Militärmission dort der Ausgangspunkt einer imperialistischen und gegenrevolutionären Aktion sei, die sich gegen Sowjetrußland richtete. In Warschauer Kreisen sei man davon überzeugt, daß der Waffenstillstand Polen die Gelegenheit geben werde, seine Kräfte so zu konzentrieren, daß eine Gegenoffensive gegen Rußland siegreich sein würde.

Kraffin und Ramenew in London

III. London, 3. August.

Kraffin ist in London eingetroffen, ebenso Ramenew, der in Begleitung Miltenev kam. Er erklärte einem Mitarbeiter des Evening Standard gegenüber, er habe von seiner Regierung den Auftrag erhalten, die vollkommene Rückkehr normaler Friedensbeziehungen zwischen Rußland und England zu veranlassen. Das sei aber nicht nur seine Aufgabe, sondern auch sein Wunsch.

Paris, 3. August.

„Echo de Paris“ meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert hat, die Sowjetvertreter Kraffin und Ramenew zu empfangen, und daß der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjetrepublik verhandle.

Stefan Friedrich unter Anklage

III. Budapest, 3. August.

Der Korrespondent der „Telegraphen-Union“ meldet: Vor dem Budapester Divisionsgericht hat gestern der Prozeß gegen jene Teilnehmer an der Ermordung des Grafen Stefan Tilza begonnen, die der Militärgerichtsbarkeit unterstehen. Die in der Anklageschrift enthaltenen Erhebungen sowie die Zeugenaussagen befaßten den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Anführer des radikalen nationalistischen Terrorismus Stefan Friedrich sehr schwer. Danach wäre Stefan Friedrich einer der Hauptverbreiter der Ermordung Stefan Tilzas. Es sind Nachrichten verbreitet, daß die Verhaftung Stefan Friedrichs unmittelbar bevorsteht.

Forderungen der Hamburger Hafenarbeiter. Die organisierten Hafenarbeiter haben beschlossen, den mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. August zu kündigen. Es wird eine tägliche Lohnzulage von 12 M. gefordert. Die organisierten Heizer und Raschiniken haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Keine Amnestie für die französischen Marinemutierer. Man erinnert sich wohl noch der Vorgänge auf französischen Kriegsschiffen, die sich im April 1919 im Schwarzen Meer abspielten. Damals weigerte sich ein Teil der französischen Marinemannschaften, die Geschüge gegen die Volksgewissen in Odessa zu richten und erklärte sich unter Hohrufen auf Sowjetrußland mit diesem solidarisch. Mehrfach versuchten die französischen Sozialisten, eine Amnestie für diese Rakroten durchzusetzen. Die Kammer hat jetzt die Amnestie für die Marinemutierer mit 303 gegen 234 Stimmen abgelehnt.

Schlechte Konjunktur für die Amerikaner. Vor einigen Tagen machte der Generaldirektor der Amerikaner Agitationszentrale in N. Gladbach bei einem Besuche des Kölner Erzbischofs die Mitteilung, daß die religiös-politische Organisation der deutschen Katholiken, der Volksverein für das katholische Deutschland, während des Krieges von seinen 800 000 Mitgliedern etwa 300 000 verlor und seit Kriegsende erst die Hälfte des Verlustes wieder einbringen konnte.

Beurteilung durch die Engländer. In Köln wurde ein Wohnungsinhaber vom englischen Kriegsgericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, weil sein Dienstmädchen einem englischen Offizier, der die Wohnung besätigen wollte, den Eintritt verweigert hat. Das Mädchen hatte lediglich den Weisungen ihrer Herrschaft gehorcht, während deren achtzügiger Abwesenheit keinen Fremden in die Wohnung einzulassen, und wurde deshalb von der Verantwortung freigeiprosen.

fallen sind von den Kriegsbegeisterten nur wenige; man war rekrutiert), und heute noch prangen dieselben Namen an denselben Stellen, wo im Jahre 1914 unumiderleglich bewiesen wurde, daß es mit England nun aber endgültig zu Ende ginge. Es war wirklich eine große Zeit!

Schämen sich die Deutschen der Erinnerung? Schämen nicht! Sie denken nur nicht daran, weil man ja unangenehme Lagen seines Lebens leichter zu vergessen geneigt ist, als die schönen Tage. Sie schämen sich nicht. Die braven Kriegervereiner denken nun nicht immer an die Zeit, wo sie — es war im September 1914 — Ballonplätze für den Einzugs Kaiser Wilhelm des Zweiten unter den Linden durch Zeitungsinerat suchten und ausboten. ... Lehre? — Nie wieder Krieg. Mittel? — Den Heres' dient auch dann zu verweigern, wenn ihn ein Gefeg vorschreibt. Beginn des Kampfes gegen den Kampf? — Deute.

Der Mann mit den schwarz-weiß-roten Abzeichen, mit der schwarz-weiß-roten Färbe um den Arm hatte unter heiligem Geheiß so viel Schnaps aus der schwarz-weiß-roten Flasche zu sich genommen, daß er endlich, leise gluckend, umfiel. Da lag er im Kinnstein und schnarchte, beschnuzt, bespricht — die Hunde knäuperten an ihm herum und hoben ein Bein — da lag er, der Beuehe, in allen Gassen, da lag er. Und als er aufwachte und sich schwankend erhob, stieß er tief auf, zog die Luft ein, riß die verklebten Augenlein auf und murmelte: „Es war — hup — eine große Zeit!“

Wir ändern aber wollen uns ihrer erinnern, den Buchchen nicht vergessen und sorgsam darauf achten, daß beide nicht wieder kommen.

Sommeroper in der Volksbühne. Eine organisatorische Kraft ist da am Werk: Heinrich Reiß, der trotz der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten das gewagte Experiment unternimmt, den Sommerbesuchern der Volksbühne — allem Operetten- und leichten Lustspieltram zum Trost — eine laubere Opernaufführung von Wienis „Auzereigen“ zu bieten. It auch der musikalische Reingewinn nur aus den übernommenen und geköpft verarbeiteten Volksliedmelodien zu ziehen, so baut sich um so passender und bewegter die Handlung auf und enthält Momente, die ins Herz der Masse treffen. Gespielt wurde über und unter der Rampe erstaunlich anständig.

Rektoratswahl an der Berliner Universität. Gestern abend hat der Senat der Berliner Hochschule den neuen Rektor gewählt. Die Wahl fiel auf Geheimrat Professor Dr. Emil Sedel.

Krafft. Der Komponist Boris Grohmann ist an einem schweren Leiden im Alter von 37 Jahren gestorben. Er hat mehrere Lieder, Chöre und Kammermusikwerke geschrieben. Ein erst kürzlich vollendetes Quartett von ihm gelangt in der kommenden Saison in Berlin zur Aufführung. — Ferruccio Busoni, der jetzt in Zürich weilt, soll als Leiter einer Meisterklasse, anstelle Humperdinck, an die Berliner Musikhochschule berufen werden.

Internationaler Bergarbeiterkongress Mobilmachung gegen den Krieg

Genf, 2. August.

Der Internationale Bergarbeiterkongress wurde heute vormittag 10 1/2 Uhr durch den Präsidenten Smillie (England) eröffnet, der zuerst Begrüßungsrede hielt, gab, darunter vom Internationalen Transportarbeiterverband, vom Kongress der Gewerkschaften der romanischen Schweiz und von der 5. schweizerischen Gewerkschaftszentrale. Smillie hielt darauf eine Ansprache, in welcher er unter anderem erklärte, daß hoffentlich die Erwartungen gewisser Presseorgane sich nicht erfüllen, daß der Genfer Kongress sich mit nutzlosen gegenseitigen Vorwürfen abgeben werde, vielmehr hoffe er bestimmt, daß er nützliche Arbeit leisten und Wunden heilen werde. Das Ziel der Bergarbeiter-internationale müsse die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus sein. Das sei schon heute das Programm verschiedener nationaler Sektionen, müsse aber das internationale Programm werden. Schon auf dem Karlsbader Kongress 1913 habe er behauptet, daß die andauernden internationalen Faltungen einen Weltkrieg unvermeidlich machten, und die Bergarbeiterinterna-tionale aufgefordert, im Falle eines Krieges den Generalfstreik zu proklamieren. Damals hätten die Bergarbeiter in erster Linie die Möglichkeit gehabt, den Weltkrieg zu verhindern. Der internationale Bergarbeiterkongress müsse sich heute nicht nur grundsätzlich gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen für die organisierte Arbeiterkraft ins Auge fassen; er solle sich im Falle eines Krieges grundsätzlich für den internationalen Streik aussprechen. Smillie teilt mit, daß er vor dem Ausbruch des Weltkrieges mit dem Sekretär des internationalen Kongresses eine Aktion unternommen habe zwecks Herbeiführung eines internationalen Bergarbeiterstreiks, aber diese Aktion sei daran gescheitert, daß die Telegramme ihren Bestimmungsort nicht erreicht hätten.

Dann ergriff yue das Wort und dankte namens der deutschen Bergarbeitergemeinschaft den britischen Kollegen für die Art und Weise, wie sie während des Krieges die Geschäfte der Bergarbeiterinterna-tionale geführt hätten. Weiterhin erklärte er im Namen der deutschen Bergarbeiter, daß das internationale Sekretariat weiter in England bleiben solle.

Namens der belgischen Delegation schloß ' d' Ejar di dem Ausdruck des Dankes an und gedachte unter Beifall der Versammlung der hervorragenden belgischen Bergarbeiterführer, die an den Seiten des Krieges gestorben seien.

Der Rücktritt des bisherigen Sekretärs der Internationale wurde genehmigt und ihm für seine Verdienste gedankt. An seiner Stelle wurde der britische Bergarbeitersekretär Hadge gewählt, der die Wahl annahm und als Aufgabe der Bergarbeiterinterna-tionale die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus bezeichnete.

Die Belgier, die sich zu den Satzungsentwürfen der Bergarbeiter-Internationale äußerten, schlugen als Ziele den Achtstundentag (Ein- und Ausfahrt der Grubenarbeiter einbezogen), Mindestlohn, um den Arbeitern und ihren Familien eine in materielle und geistiger Hinsicht normale Existenz zu ermöglichen, und Verstaatlichung aller Bergwerksbetriebe vor, in deren Verwaltungsrat zu gleichen Teilen Vertreter der Bergarbeiter, der Konsumenten und des Staates sitzen sollen. Bis zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen keine Konzessionen an Private erteilt werden. Mittel zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen sein parlamentarisches Vorgehen, Massenunruhen und im Notfalle Generalfstreik. Die Belgier schlugen weiter den Streik gegen die Nation vor, die einen neuen brudermörderischen Krieg unter den Völkern entzünden würde.

Der Bericht der französischen Delegation beantragt, daß im Interesse der Allgemeinheit die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse, ferner gleiche tägliche Arbeitszeit für alle Bergarbeiter der ganzen Welt, und zwar acht Stunden von der Einfahrt bis zu der Wiederankunft über Tag, unterbrochen von einer Pause von mindestens 30 Minuten. Für gewisse Arbeiten unter Tage soll die Arbeitszeit in außerordentlichen Fällen auf sechs und sogar auf vier Stunden verkürzt werden.

Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter nur durch Verstaatlichung und Ausschließung der privatkapitalistischen Betriebe. Ferner soll den Bergleuten eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vom 1. Juli 1921 an gewährt werden unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten. Der Bericht der englischen Bergarbeiter stellt ferner fest, daß die Zahl der Bergarbeiter in der Welt im Jahre 1914 und 1915 eine Million erreichte.

Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinterna-tionale sich vor dem Ausbruch des Weltkrieges der Ueberproduktion zu befassen hatte, während heute die Beseitigung der Kohlennot auf der Tagesordnung stehe. Die deutschen Bergarbeiter haben für die Unter-tag-Arbeit die Sechstundenschicht gefordert, was die Regierung mit dem Hinweis auf die große Kohlennot als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt habe, sie fordern aber, daß die technischen Vorarbeiten für die Sechstundenschicht getroffen werden. Ferner soll sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten verständigen über die internationale Ein-führung der Sechstundenschicht. Der Bericht der deutschen Bergarbeiter stellt zum Schluß fest, daß die gewerkschaftliche Organisa-tion der Bergarbeiter Deutschlands außerordentliche Fortschritte mache, und daß die Mitgliederzahl von 101 965 im Jahre 1914 und von 46 450 im Jahre 1916 auf 436 527 im Dezember 1919 gewachsen sei.

Unsinn und kein Ende!

Uns wird geschrieben:

Im Reichsanzeiger Nr. 63 ist nunmehr das bereits mehrfach beschriebene Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuer- und Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 abgedruckt, mit der Bestimmung, daß es ab 1. August in Kraft tritt. Die §§ 45-52 des Reichseinkommensteuergesetzes, die am 20. Juni 1920 in Kraft traten, litten an so schweren Mängeln und erregten einen solchen Sturm der Entrüstung, daß die Gesetzeskommission schließlich nochmals in Funktion treten mußte. Die Hauptursache des Unwillens lag in der rohen Konstruktion des Gesetzes. Bei der Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes in der National-versammlung sind mit wenigen Ausnahmen (auf Seiten der Vertreter der U. S. V. D.) Bedenken gegen die §§ 45-52 nicht erhoben worden.

Schwer ist es sicher gewesen, die §§ 45-52 brauchbar zu ergänzen. Aber auch jetzt werden von vielen Seiten schwere und berechnete Vorwürfe gegen das neue Gesetz erhoben. Es ist nicht so leicht, das „Schöpfen an der Quelle“ demjenigen erträglich zu gestalten, der den Ertrag der Quelle zum notwendigsten Leben braucht. Ebenjowenig leicht ist es aber, den Unternehmer zum Steuereintreiber zu machen. Unverantwortlicher Leichtsinns ist es jedoch, mit Taschenrechnergeschwindigkeit Gesetze zu schaffen, wie das Ergänzungsgesetz. Dessen Artikel 2 lautet:

„Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45-52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetz einzu-behaltenden Beträge angerechnet.“

Das heißt also: Die (bereits) einbehaltenen Beträge sind auf die (nunmehr) einzu-behaltenden Beträge anzurechnen. Mir sind über diesen Artikel Bedenken aufgestellt, ich habe deshalb einen Vormittag geopfert und bei den verschiedensten Finanzämtern Großherlins telefonisch um kompetente Auskunft gebeten. Sie zu erhalten war vollkommen unmöglich. Die herabwürdigenden Antworten wurden mir zuteil. Einer der Herren, der sehr lebenswürdig Auskunft gab, sagte mir mit lobenswerter Offenheit, daß seine Behörde das Gesetz überhaupt noch nicht hätte, daß er aber bereit sei, mir Auskunft zu geben, sobald ihm die Ausführungsanweisungen zum Gesetz, das, wie er ohne weiteres zugab, unverständlich sei, vorkämen. Ein anderer Herr hat mich

sehr höflich, ich möchte schriftlich diese Auskunft einfordern, telefonisch ließe sich eine solche Frage nicht beantworten. Ich versuchte dann „an der Quelle zu schöpfen“ und wandte mich an das Reichsfinanzministerium selbst. Sehr freundlich wurde ich von demselben und ich trug einem Herrn meine Bedenken vor. Nachdem ich ihm den Gesetztext wiederholt hatte, sagte ich ihm: Die Mehrzahl der Arbeiter und ich selbst legen diesen Passus so aus, daß derjenige Steuerabzug, der auf Grund der seit dem 20. Juni geltenden Bestimmungen gemacht ist, voll auf denjenigen Abzug, der am 1. August zu machen ist, anzurechnen ist. Der Herr antwortete mir sehr liebenswürdig, daß davon keine Rede sei; es sei gemeint, daß nur diejenigen Beträge auf den Abzug am 1. August anzurechnen seien, die insbesondere bei kleineren Einkommen infolge Nichtberücksichtigung der Freizeiten über-zählt sind. Auf meinen Einwand, daß nach dem klaren Wortlaut des Artikels 2 von überzählten Beträgen keine Rede ist, und daß der Wortlaut des Gesetzes doch tatsächlich nur die von mir und von allen Arbeitern geforderte Bedeutung haben könne, sagte er mir, ich solle ihm die Arbeiter doch um 10 Uhr vormittags ins Bureau schicken, er würde sie gerne zu einer anderen Ueberzeugung bringen. Das war sicher sehr freundlich von dem Herrn, aber ob er sich nicht doch etwas zuviel zumutet, wenn er durch persönliche Konferenzen alle die Klagen unserer steuerlichen Gesetzgebung lösen will, ist eine Frage, die ich schon jetzt mit „sicherlich“ beantwortete.

Ich bin nach wie vor der Ueberzeugung, daß der Artikel 2 seinem Wortlaut nach auf keinen Fall so auszulegen ist, wie er gemeint sein dürfte. Das nur beabsichtigt war, daß überzählte Beträge angerechnet werden sollen, ist anzunehmen, daß aber der Artikel 2 diese Meinung wörtlich wiedergibt, befreite ich ganz entschieden. Es dürfte nur auf sehr künstlichem Wege gelingen, den Willen und die Meinung des Gesetzgebers aus dem betreffenden Passus herauszulesen. Nach Artikel 3 des Gesetzes ist der Herr Reichs-minister der Finanzen damit betraut, die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes zu erlassen. Man darf auf die Ausführungsanweisungen zum Artikel 2 gespannt sein. Durch sie den Gesetztext zu ändern, ist unzulässig. Viel Freude wird der Artikel 2 dem Finanzministerium dabei nicht machen. Wenn sich die Arbeiter, Angestellten, Beamten und auch die Unternehmer auf den Standpunkt stellen: „Wir führen das Gesetz nach seinem Wortlaut aus“, dann lieber Steuerfiskus, bekommt du für den Monat August und September keinen Pfennig Steuerabzug.

Rappsoldaten dürfen plündern Verbrecherschutz durch das Reichswehrministerium

Während der Kapptage hatte sich auch die in Cottbus stationierte Reichswehr unter Führung des Majors Buch-rucker den Blütmüßverbrechern angeschlossen. Auf Befehl der Offiziere wurde auf wehrlose Zivilisten geschossen, Ge-fangene wurden mißhandelt und sonst noch allerlei Ver-brechen verübt. Der kappistische Major blieb trotz seiner einseitigen Stellung gegen die Verfassung und für Kapp im Amte. Das tollste Stück leistete sich aber die Reichs-wehr damit, daß sie nichts ohne jeden Grund in das Ge-bäude unseres Parteiorgans „Freier Volkswille“ einen Einbruch verübte und unter sachmännlicher Leitung die neue Schnellpresse mit Handgranaten völlig zer-störte. Auf den Schadenersatzanspruch, den unsere Genossen beim Reichswehrministerium stellten, ging ihnen dieser Tage folgende Antwort zu:

Reichswehrministerium. Berlin W 66, den 27. Juli 1920.
Heeres-Verwaltungsamt. Leipzigstr. 5.
Nr. 494. 7. 20. B. 4. C.

Im Anschluß an das Schreiben vom 20. 5. 20, Nr. 177. 5. 20, B. 4. C. und in Ermiderung des datierten Schreibens vom 24. 5. 20 wird mitgeteilt, daß nach dem Ergebnis der eingeleiteten Unter-suchung eine Hastpflicht der Heeresverwaltung für den in der Druckeret „Freier Volkswille“ in Cottbus durch Mann-schaften der Reichswehr entstandenen Schaden auf Grund des Ge-setzes vom 22. 5. 1910 nicht anerkannt werden kann. Das Auftreten der Truppe war scharf, aber in Anbetracht der schwie-rigen Verhältnisse gerechtfertigt. Ueberschreitung ihrer Befugnisse liegt nicht vor.

Es muß Ihnen daher anheimgestellt werden, Ihr Recht auf Grund des Gesetzes vom 12. 5. 20 (R. G. Bl. Seite 941) zu suchen oder Ihre Ansprüche bei Gericht geltend zu machen. Der Herr Reichsminister des Innern hat hieron Kenntnis erhalten, mit dem Anheimstellen, das Weitere wegen eowl. Gewährung eines Vorschusses zu veranlassen.

An die Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Besitz Frankfurt a. O. Coibus.

Diese Antwort stellt den ungeheuerlichsten Skandal dar, den sich das Reichswehrministerium bisher geleistet hat. Diese Stelle, die angeblich Ruhe und Ordnung schützen will, stellt sich mit dieser Antwort schützend vor Räuber und Plünderer. Denn die Zer-störung einer Druckmaschine kann nicht anders als ein ganz gewöhnlicher Banditenstreich gewertet werden. Seede und Geßler, die für die Moral der Truppen verantwortlich sind, billigen es also, wenn von diesen gemeine Verbrechen verübt werden. Herr Geßler wird darüber im Reichstag zur Verantwortung gezogen werden. Denn die Antwort, die von seinem Ressort erteilt wurde, läßt die deutsche Republik noch unter das Niveau eines Banditenstaates sinken.

Fort mit den Republikanern

Nach dem Kapp-Putsch hatte die Regierung die sogenannten Brigade Döberig zusammengestellt, die ein zuverlässiges Instrument zum Schutze vor einem neuen Lütmüßverbrechen werden sollte. Infolge der Heeresherabsetzung soll nun ausgerech-net diese Brigade an erster Stelle aufgelöst werden. So will es Seede, der Allgewaltige der deutschen Republik. Und er wird seinen Willen durchsetzen. Diese Anordnung bildet einen würdigen Ausfluß zur Heeresverminderung überhaupt. Seede wird es durchsetzen, daß der letzte, auch nur republikanisch verdächtige Mann aus der Reichswehr entfernt wird. Er wird sich eine mon-archistische Prätorianergarde schaffen, die auf einen leisen Pfiff hin bereit ist, der Republik den Todesstoß zu versetzen. Eine un-würdige Regierung, die sich diesen Mann auch nur länger als einen Tag gefallen läßt. Und ein noch unwürdigeres Par-lament, das diesem Seede und seinen Trabanten auch nur einen Pfennig bewilligt! Zwanzig tüchtige Unteroffiziere würden an verantwortungsvolle Stelle gesetzt, der Reichswehr ein weit besserer Führer sein als die ganze Generalfstark, deren Be-streben einzig und allein darauf gerichtet ist, die republikanischen Einrichtungen zu sabotieren.

Ein neuer Binkerton-Schwindel

Die „Magdeburger Volksstimme“ veröffentlicht einen neuen „Geheimplan“ über die Bildung einer „roten“ Armee. Der Plan soll durch das russische Hauptquartier aufgestellt und seine Durchführung der deutschen radikalen Arbeiterkraft zur Pflicht gemacht worden sein. Der Plan enthält genaue Angaben über die aufzustellenden Truppenverbände. Auch die Ausrüstung und Bewaffung ist genau vorgeschrieben, ebenso sind die Führer namentlich aufgeführt. Nach dem Geheimplan würde die Ge-samtsstärke der „roten“ Armee in Deutschland 484 233 Mann betragen, ausgerüstet mit 14 233 Maschinengewehren, einer großen Anzahl von Minenwerfern, Flammenwerfern, Geschützen und Panzern.

Der Bericht ist, wie die „Magdeburger Volksstimme“ feststellt, in Magdeburg angefertigt worden, und zwar in der

gleichen Schwindelfabrik, in der auch das angebliche Geheim-dokument über das Abkommen in Romel angefertigt wurde. Er ist auf dem gleichen Papier und mit der gleichen Schreib-maschine geschrieben, trägt weder Briefkopf noch Unterschrift. Die Verfasser sind also wieder die von Stinnes angefertigten „Gruss-müßigen“ Lügner der Binkerton-Gesellschaft. Die Ver-richte werden an die „Deutsche Wirtschaftshilfe“ in Berlin weiter-gegeben und von hier in die rechtsrheinische Presse laufen.

Wie lange wird diese Verbrechergesellschaft ihr un-sauberes Handwerk noch ausüben können? Die Lügen sollen jetzt dazu dienen, die notwendige Stimmung gegen die Arbeiterkraft zu erzeugen, damit sie bei der Entwaffnungsaktion gehörig zur Ueberzeugung wird.

Gegen die Revanche

Die Offiziersvereinigung der deutschen Re-publik wendet sich mit folgender Rundgebung an das In- und Ausland:

„Heute, wo sich zum sechsten Male der Tag läßt, an dem der Krieg ausbrach, wenden wir uns an die Kameraden, die im Krieg den Krieg verabschieden gelernt haben. Wir bitten sie, ihre ganze Kraft einzusetzen bei der Ausrottung aller Ueberreste dieser menschenunwürdigen Ein-zelkämpfe, und wir bitten sie, weiter auf diejenigen Kameraden einzuwirken, die noch nicht eingesehen haben, daß nicht Revanche, sondern nur Revision des Versailleser Vertrages auf dem Wege der Verständigung er-strebt werden darf und muß.“

An unsere Reichstagsabgeordneten ergeht die Bitte, alles zu tun, um die beklagten Opfer des Krieges, den Java-liden und Schwerbeschädigten, den Witwen und Waisen mehr als bisher gehoben werde trotz aller Finanznot durch größte Sparsamkeit an geeigneten Stellen.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik vertritt ehe-nlich die Ueberzeugung, daß die Richtlinien für die deutsche Innen- und Außenpolitik Aufrichtigkeit und Verschönlichkeit helfen müssen. Daraus glauben wir das Recht einzunehmen zu dürfen, an alle Offiziere aller Länder, mit denen wir Krieg führten, die kameradschaftliche Bitte zu richten, auch ihrerseits in ihren Kreisen darauf einzuwirken, daß unserem Volke, das in seiner überwiegenden Mehrheit den Krieg nicht gewünscht hat, Verständnis und Hilfe entgegengebracht werde und jedes un-be-gründete Mißtrauen eripart bleibe.“

Diese Rundgebung wurde den Berliner Vertretern der haupt-sächlichsten Großstaaten, mit denen wir Krieg führten, mit der Bitte überreicht, sie in ihren Ländern zur Kenntnis des Offizier-torps zu bringen.

Der Papierwucher

Die am Sonnabend in Nürnberg abgelaufene Hauptver-sammlung des Vereins Bayerischer Zeitungverleger nahm eine Entschiedenheit an, in der im Hinblick auf die außer-ordentliche Steigerung des Druckpapiers und die damit in Zu-sammenhang stehenden Preissteigerungen der bayerischen Ver-leger und die Reichsregierung dringend aufzufordert werden, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, da es nicht angänglich sei, daß die Papierfabriken durch die Macht des Ringes auf Kosten der Allgemeinheit sich in unerhörte Weise bereichern. Die Ver-luche der Selbsthilfe seien vergeblich geblieben. Es wird gefordert: sofortiger Preisabbau für Zeitungspapier auf vorläufig wenigstens 2 Mark, wenn nötig Zwangsmaßnahmen gegen den Papierfabrikantenring, ferner bei den Gliedstaaten des Reiches darauf hinzuwirken, daß das für die Herstellung des Zeitungspapieres benötigte Holz zu entsprechenden Preisen zur Ver-fügung gestellt werde. Schließlich wird verlangt, Besitz zu forgen, die erforderliche Kohlenmenge für die Papierfabriken über-zustellen, damit neue Preisauflagen nicht mit Arbeitsunterbrechung begründet würden. Komme der Abbau des Papier-preises auf der angegebenen Grundlage nicht sofort imstande zu werden der Zusammenbruch der deutschen Presse unvermeidlich. Ähnlich lägen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Druck-farbe. Ferner wurde von der Reichsregierung die Abschaffung der Anzeigensteuer gefordert sowie verlangt, von der bevorstehenden erdrückenden Erhöhung des Postzeitungs-tarifs abzulehnen, zumal es im eigenen Interesse der Reichs-regierung und aller nachgeordneten Stellen liege, den Zusammenbruch der Zeitungen zu verhüten, weil nur mit ihrer Hilfe die Regierung und die Behörden die unentbehrliche Fühlungnahme mit dem Volk aufrecht erhalten könnten.

Lockerung der Zwangswirtschaft

Zur Regelung der künstlichen Viehwirtschaft fand unter Vorsitz des Oberpräsidenten von Schleiergchellen, Kordis, in Kiel eine Beratung zwischen Vertretern der Landwirtschaft und den größeren Städten der Provinz statt. Oberpräsident Kordis stellte im Verlauf der Besprechung die endgültige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh bis spätestens 1. September d. J. in sichere Aussicht. Die bisherigen Funktionen des Viehwirtschaftsausschusses werden von der Landwirtschaftslammer übernommen, die sowohl die Garantie für die Aufbringung des aus der Provinz auszuführenden Vieh wie auch die Sicherstellung von 2 Prozent des heimischen Viehbestandes für die Versorgung der Städte übernehmen wird. In beiden Fällen wird das Vieh im freien Handel angebracht werden.

Die Erwerbslosigkeit

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie das infolge der anhaltenden unangünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin gemachsen ist. Nach den amtlichen Fest-stellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. 7. 282 989, die weiblichen Erwerbslosen 94 184. Also insgesamt 377 173 am 15. 7. und 297 185 am 15. Juni 1920. In den eigentlichen Erwerbslosen kommen 283 297 Familienangehörige, die als Zuschlagempfangener unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

Die Hamburger Metallarbeiter zur Zusammenfassung der Betriebsräte

Vor einigen Wochen fand in Hamburg eine starkbesuchte Metall-arbeiter-Versammlung statt, die sich mit der Zusammenfassung der Betriebsräte beschäftigte. Es sprachen vom Gewerkschaftsband Roppel-Berlin, für die Betriebsrätezentrale Richard Müller-Berlin, für den Vorstand des Deutschen Metall-arbeiterverbandes Robert Dikmann. Diese Versammlung be-schloß, die Mitglieder durch eine Urabstimmung über ihre Stellung zu befragen. Diese Abstimmung fand am letzten Sonntag statt. Die Richtlinien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurden mit 337 gegen 197 Stimmen angenommen, obwohl die „Hamburger Volksstimme“, unser dortiges Parteiorgan, noch am Vorabend der Urabstimmung in einem scharfen Artikel die Metallarbeiter aufgefordert hatte, gegen die Richtlinien ihrer Organisation zu stimmen.

Verstärkter Landarbeiterstreik in Braunschweig. Die Arbeit-geber haben den Schiedsrichter, die Lohnen auf 2,25 M. zu er-höhen, abgelehnt. Infolgedessen haben die Landarbeiter den verstärkten Streik angekündigt; sie wollen keine Notstandsarbeit (Nebenfütterung, Melken usw.) mehr ausführen. Doch haben sie bis jetzt diese Drohung noch nicht durchgeführt. Heute sollen von Seiten der Regierung in Braunschweig neue Verhandlungen zur Beilegung des Streiks unternommen werden.

